

# Protokollauszug

aus der  
25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion  
vom 29.03.2022

---

öffentlich

**Top 6.3 Evaluation der Umsetzung des Beschlusses 18/SVV/0043 "Mindeststandards zum Schutz vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete" 22/SVV/0126 geändert beschlossen**

Frau Rößler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hussain bittet im Namen des Migrantenbeirates um Zustimmung zum Antrag. Die schriftliche Stellungnahme des Migrantenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam das Anliegen unterstützt und auch für wichtig hält. Sie weist darauf hin, dass zur Evaluation im Januar 2023 ein Zwischenbericht vorgelegt werden kann, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Situation. Aktuell steht die Versorgung und Unterbringung der aus der Ukraine Geflüchteten im Vordergrund. Sie weist auch darauf hin, dass die Evaluation auch eine bestimmte Qualität haben sollte.

Im Rahmen der Diskussion wird festgehalten, dass die bestehenden Mängel sofort abgestellt und in der AG Asyl gespiegelt und zusammengefasst werden müssen. Die Vorlage der Evaluation soll im Januar 2023 erfolgen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der „Mindeststandards zum Schutz vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete“ zu evaluieren.

Dazu soll in allen bestehenden Gemeinschaftsunterkünften geprüft werden, ob die am 31.01.2018 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen baulichen und organisatorischen Mindeststandards (18/SVV/0034) vollständig umgesetzt wurden.

In die Evaluation sind die Migrationsbeauftragte, der Migrantenbeirat, das Autonome Frauenzentrum, die Kinderschutzbeauftragte und die Betreiber\*innen der Gemeinschaftsunterkünfte einzu beziehen.

Das Ergebnis soll den Stadtverordneten spätestens im August 2022 **Januar 2023** in schriftlicher Form vorgelegt werden.



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Migrantenbeirat

Friedrich-Ebert-Straße 79-81  
Haus 1, R. 148  
14469 Potsdam  
Tel.: 289 33 46 Fax: 289 84 33 46;  
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de  
Potsdam, 16.03.22

## **Votum des Migrantenbeirates zum Antrag 22/SVV/0126**

### **Evaluation der Umsetzung des Beschlusses 18/SVV/0043 "Mindeststandards zum Schutz vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"**

Am 29.03.2022 soll der o.g. Antrag im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Integration und am 04.05.2022 in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert und abgestimmt werden.

Der Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam möchte den Ausschussmitgliedern und Stadtverordneten dringend empfehlen, dem Antrag zuzustimmen und für eine schnelle Umsetzung der Evaluierung zu sorgen.

Bereits seit 2015 wird in der AG Asyl und anderen Fachgremien über die Schaffung von Regelungen zum Gewaltschutz und Kinderschutz in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber\*innen beraten. 2016 erteilte die Stadtverordnetenversammlung dem Oberbürgermeister den Auftrag, entsprechende Regelungen zu erarbeiten. Der Migrantenbeirat war neben der Fachverwaltung, dem Autonomen Frauenzentrum und den Trägern der Gemeinschaftsunterkünfte in die Erarbeitung einbezogen. Wir haben den Prozess als sehr konstruktiv und lösungsorientiert erlebt. 2018 wurden schließlich die Mindeststandards in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Die erste Evaluierung wurde mit der Beschlussfassung eigentlich auf das 4. Quartal 2018 terminiert. Leider liegt sie aber bis heute nicht vor. Das sollte schnellstmöglich nachgeholt werden.

Gerade durch die Pandemiesituation ist der Bedarf an gewaltpräventiven Maßnahmen und einem funktionierenden Beschwerdesystem deutlich gestiegen. Durch die steigenden Zahlen von Kriegsflüchtlingen werden die Gemeinschaftsunterkünfte in Potsdam in den nächsten Monaten noch stärker ausgelastet. Viele der schutzsuchenden Menschen gehören zu Gruppen, die besonders vor Gewalt geschützt werden müssen.

Deshalb halten wir die Evaluierung der beschlossenen Standards und ihre zügige Umsetzung in allen Gemeinschaftsunterkünften für dringend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen,

Fereshta Hussain  
Vorsitzende